

Zeitschriftenkrise, Bibliothekare und Open Access¹

Dr. Klaus-Rainer Brintzinger

Der Begriff der Zeitschriftenkrise bestimmt seit etwa zwanzig Jahren alle Diskussionen um bibliothekarische Erwerbungsfragen. Das Phänomen ist schnell beschrieben: Die Preise für wissenschaftliche Zeitschriften steigen – insbesondere in den STM-Fächern, zunehmend aber auch in den sozialwissenschaftlichen Fächern – mit deutlich höherer Rate als die Lebenshaltungskosten, während die Budgets bestenfalls marginal steigen, etwa in Form von Sondermitteln, meist aber stagnieren, wenn nicht sogar Kürzungen unterliegen. Gleichzeitig steigt das Angebot an verfügbaren und zitierten Zeitschriften und üben auf die Bibliotheken einen Druck aus, zusätzliche Abonnementverpflichtungen einzugehen. Dieser Entwicklung, die sich schon am Ende der Print-Ära anbahnte, sind Bibliotheken zunächst mit einer Abbestellung von Mehrfachexemplaren, dann mit der fachlichen und regionalen Konzentration entgegen getreten. Mit dem Beginn des elektronischen Zeitalters haben Bibliothekare große Hoffnungen auf den gemeinsamen Einkauf durch Konsortien gesetzt – getragen von dem Gedanken, dass der Anbietermarktmacht eine entsprechende Marktmacht der Nachfrager entgegen gesetzt werden könne um zu einer Form des bilateralen Oligopols zu kommen. Die Erwartungen, durch konsortiale Zusammenschlüsse von Bibliotheken auf regionaler, nationaler oder supranationaler Ebene das Preissetzungsverhalten der Verlagen beeinflussen und damit der Zeitschriftenkrise begegnen zu können, haben sich nicht erfüllt. Zwar leisten Konsortien wertvolle Dienste in der Phase des Vertragsabschlusses, bei der eine einzelne Bibliothek in der Regel überlastet wäre – sie sind jedoch auch ein Instrument in der Absatzpolitik der Verlage geworden², bei der die Verlage und nicht die Bibliotheken das Heft des Handelns in der Hand haben.

Als weitere Strategie zur Begegnung der Zeitschriftenkrise wird von bibliothekarischer Seite, aber auch von Seiten der Wissenschaft vorgeschlagen, Open Access-Publikationen verstärkt zu fördern. Dabei geht es sowohl um die Stärkung des sogenannten grünen Wegs, bei dem Bibliotheken ihre Dienste insbesondere durch das Betreiben von Volltext-Servern einbringen, als auch den goldenen Weg originärer Open Access-Publikationen, die für jedermann frei zugänglich sind und daher nicht mehr abonniert werden müssen. Open Access – so ist in der bibliothekarischen Diskussion vielfach zu hören,³ sei eine Antwort auf die überhohen Preissteigerungsraten beim Bezug wissenschaftlicher Zeitschriften. Während Verlage zunächst in Open Access eine Bedrohung ihrer Position sahen, haben die großen wissenschaftlichen Verlage begonnen, selbst kommerzielle Open Access-Plattformen und -Modelle zu entwerfen und dies in ihr Publikations-Portfolio einzubauen. Selbst der Open-Access-kritische Börsenverein sieht heute in der golden road einen für seine Mitglieder ertragreichen Weg, während er den grünen Weg des self-archivings als Angriff auf seine urheberrechtliche Position

¹ Dieser Artikel nimmt Gedanken auf, die ausführlicher erörtert werden in: Brintzinger, Klaus-Rainer: Piraterie oder Allmende der Wissenschaften? Zum Streit um Open Access und der Rolle von Wissenschaft, Bibliotheken und Markt bei der Verbreitung von Forschungsergebnissen, in: Leviathan 38.2010,331-346.

² Vgl.: Boni, Manfred: Analoges Geld für digitale Zeilen: der Publikationsmarkt der Wissenschaft, in: Leviathan 38.2010, 295, 298.

³ Statt vieler: Sühl-Strohmeier, Wilfried: Digitale Welt und Wissenschaftliche Bibliothek – Informationspraxis im Wandel. Wiesbaden, 2008, 66f.

wertet.⁴ Die anfangs ganz besonders von Bibliothekaren und einzelnen Wissenschaftlern getragene Open Access-Bewegung findet heute offizielle Unterstützung durch die großen Wissenschafts(förder)institutionen.⁵ Open Access scheint sich als große Hoffnung des 21. Jahrhunderts darzustellen, dem sich lediglich einige rückwärtsgewandte Wissenschaftler und einige Verleger, die um ihr traditionelles Modell fürchten⁶, entgegen stellen, während die große Maße der Bibliothekare sich rechtzeitig auf die Seite der Zukunft gestellt haben.

Hier soll keineswegs eine Entzauberung des Open Access-Modells angekündigt werden. Mit einigen eher unkonventionellen Überlegungen zur Rolle von Bibliothekaren und Wissenschaftlern soll jedoch die herkömmliche Argumentation neu beleuchtet werden.

Die Zeitschriftenkrise ist ganz unzweifelhaft von dem Preissetzungsverhalten großer Verlage getrieben. Allerdings ist die Rolle der Bibliothekare bei der Durchsetzung dieser hohen Preissteigerungsraten bisher unzureichend beleuchtet worden. Die Durchsetzbarkeit der hohen Preissteigerungsraten – so lautete hier die These – liegt in der institutionellen Organisation der Literaturbeschaffung in den Hochschulen, mithin in der Arbeitsteilung von Wissenschaftlern und Bibliothekaren begründet. Während Wissenschaftler alleine die Entscheidung treffen, in welcher Zeitschrift sie publizieren und damit den Bibliotheken vorgeben, welche Zeitschriften wichtig und zu halten sind, liegt es in der Verantwortung zentraler Bibliotheken mit ihrem gegebenen Etat dafür zu sorgen, dass die Wünsche der Wissenschaft auch erfüllt werden. Das Nichtvorhandensein einer Zeitschrift wird regelmäßig als ein bibliothekarisches Versagen gewertet, während die Publikations- wie die Rezeptionsentscheidung eine autonome wissenschaftliche Erwägung ist. Aus Sicht der Wissenschaft gibt es nur wenige Gründe, daran etwas zu ändern. Der Etat der Bibliothek stellt aus Sicht jedes einzelnen Wissenschaftlers ein Allmendegut dar, das nicht ihm persönlich, sondern der gesamten Institution zugeordnet ist. Allmendegüter sind – in Anlehnung an den Begriff der mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Dorfallemden – in der Volkswirtschaftslehre Güter, die im Konsum rivalisieren, bei denen jedoch das Ausschlussprinzip nicht gewährleistet ist. Im globalen Zusammenhang fallen darunter zum Beispiel Fischschwärme in den Weltmeeren, die keiner überwachbaren Fangbeschränkung unterliegen. Aus Sicht des einzelnen ist es durchaus rational, sich einen möglichst großen Anteil an diesem Kuchen zu sichern. Was der eine nicht entnimmt, nimmt dann eben der andere. Sparsamkeit zahlt sich nicht aus, sie führt nur zu einer Umverteilung. Für die Gesamtheit ist diese Haltung jedoch fatal. Das Aussterben des Blauwales und die Bedrohung nahezu aller fischbaren Bestände der Weltmeere lassen sich mit Hilfe dieses Allmende-Prinzips erklären. Ökonomisch liegt dieser Fehlentwicklung ein Mangel an Eigentumsrechten zugrunde - eben das Versagen des Ausschluss-Prinzips, das bei privaten Gütern den Zugriff Dritter ausschließt. Die moderne Umweltökonomie hat gezeigt, dass die Vergabe von Eigentumsrechten, etwa in Form von Zertifikaten wohlfahrtsfördernd ist.

⁴ Börsenverein des deutschen Buchhandels: Kommentar zur Stellungnahme der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen „Neuregelung des Urheberrechts: Anliegen und Desiderate für den Dritten Korb“, Frankfurt, 2010, 7 (http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Allianz-Stellungnahme_mit_Anmerkungen_BoeV_29_9_2010.pdf)

⁵ Vgl. Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz-Partnerorganisationen vom 11. Juni 2008 (<http://www.allianzinitiative.de>); Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsorganisationen vom 25. März 2009: Open Access und Urheberrecht : Kein Eingriff in die Publikationsfreiheit http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/pi_allianz_open_access.pdf

⁶ Pars pro toto: Vittorio E. Klostermann: Die große Allianz gegen das Buch. FAZ v. 08.01.2009.

Im bibliothekarischen Zusammenhang liegt das Problem darin, dass der zentrale, nicht einem Fach fest zugeordnete Etat ein Allmendegut darstellt. Aus Sicht des einzelnen Wissenschaftlers und des einzelnen Faches ist es durchaus rational, einen möglichst großen Anteil an dem Gesamtetat zu beanspruchen. Ein hoher Anteil an diesem Etat kann einem hohen Ansehen des Faches in der gesamtuniversitären Rangfolge entsprechen. Vor diesem Hintergrund müssen steigende Preise nicht zwangsläufig negativ bewertet sein.

Zusammengefasst besteht die Allmende-Problematik der Bibliotheksetats darin, dass Bibliothekare zwar die Etatverantwortung tragen, jedoch nach fremden Präferenzen entscheiden müssen. Diese besondere Konstellation kann erklären, warum auf dem bibliothekarischen Markt Preise durchgesetzt werden können, die weit über dem Preis liegen, den Wissenschaftler gemäß ihren eigenen Präferenzen zu zahlen bereit wären. So bitter es für den Berufsstand der Bibliothekare auch ist, erst ihr Tätigwerden hat das extreme Ansteigen der Zeitschriftenpreise möglich gemacht. Konsortien und Paket-Käufe bei denen der Zusammenhang zwischen Ausgaben und einzelnen, fachlich separierbaren Produkten noch mehr schwindet, forcieren diese Entwicklung. Etatmodelle suggerieren zwar eine fachliche Aufteilung des Etats und könnten damit Eigentumsrechte begründen. Sofern jedoch absolute oder relative Preise – wie beim bayerischen Etatmodelle - als Argument in die Aufteilung eingehen, wird dieser Effekt nivelliert. Steigt der Preis in einer Fächergruppe stärker als in einer anderen Fächergruppe, so wird sein Anteil langfristig steigen.

Welchen Beitrag kann nun Open Access zu der auf dem Allmende-Problem beruhenden Zeitschriftenkrise leisten? Zunächst stellt Open Access das traditionelle Modell der Umsatzgenerierung auf den Kopf. Während im Subskriptionsmodell die Abonnenten eines Periodicums ganz überwiegenden den Umsatz generieren, sind es im Open Access-Fall die Autoren. Zahlen aber die Autoren anstelle der Bibliothekare, dann entfällt auch das Allmende-Problem, denn: Die Autoren werden ihre Zahlungsbereitschaft genau nach ihren individuellen Präferenzen bemessen, sie können sich hinter keinem bibliothekarischen oder gesamtuniversitären Etat verstecken. Die Mittel, die sie für die Publikationen aufbringen müssen, konkurrieren mit ihren Forschungs- und Institutsmitteln, nicht jedoch mit den Ausgaben für andere Fächer, wie dies beim traditionellen Bibliotheksetat der Fall ist.

Allerdings gelingt diese Ausschaltung des Allmende-Problems nur, wenn die Mittel für Open Access-Publikationen auch wirklich dem Etat entnommen werden, der den Wissenschaftlern zur freien Verfügung steht und nicht aus zentralen universitären oder gar bibliothekarischen Etats. Bibliothekare werden daher gut beraten sein, das Allmende-Problem nicht wieder aufleben zu lassen, in dem sie Open Access Publikationen aus ihrem Erwerbungssetat übernehmen. Sicherlich kann das aktuelle DFG-Förderprogramm⁷ für eine Übergangszeit – auch unter bibliothekarischer Beteiligung – die Akzeptanz von Open Access-Publikationen fördern. Auf die Dauer kann Open Access nur ökonomisch erfolgreich sein und die Zeitschriftenkrise überwinden, wenn – zugespitzt ausgedrückt – Bibliothekare daran möglichst wenig beteiligt sind.

Keinesfalls ausgeschlossen sind dagegen bibliothekarische Aktivitäten zur Förderung der Akzeptanz von Open Access sowie jegliche Aktivitäten im Bereich des self-archiving. Hier entstehen neue bibliothekarische Kernkompetenzen; Bibliothekare erweisen sich immer mehr als Spezialisten nicht nur für die Erwerbung und Erschließung, sondern auch für die Publikation von Medien. Nur mit dem

⁷ http://www.dfg.de/download/formulare/12_20/12_20.pdf

Etat sollten sich Bibliothekare – zumindest an Institutionen mit konkurrierenden Fächern – aus Eigeninteresse möglichst wenig beschäftigen müssen. Vielmehr sollten sich Bibliothekare als Dienstleister verstehen, die voraussetzen, dass ihre Kunden die notwendigen Mittel, die sie für die Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen, selbst mitbringen –vergleichbar mit der Rolle eines Architekten, der in der Regel nicht über einen eigenen Etat verfügt, sondern seinen Klienten aufzeigt, was es kostet, seine Pläne nach ihren Wünschen zu verwirklichen.

„Wer Open Access will, sollte Bibliotheken fördern“, diesem Fazit, der DBV-Vorsitzende⁸ kann in vollem Umfang zugestimmt werden – nur sollte sich in diesem Fall die Förderung nicht auf den Erwerbungsetat beziehen, sondern auf die Schaffung von Stellen für IT-Fachkräften und die gute Ausbildung von Bibliothekaren.

⁸ BUB 63.2011, 87